

Kontakte

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)



„Bildung, Forschung, Innovation – der Zukunft Gestalt geben“

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat im Dezember die Leitlinien ihres Arbeitsprogramms „Bildung, Forschung, Innovation – der Zukunft Gestalt geben“ für die Legislaturperiode vorgestellt. Die Ministerin will Bildung und Forschung stärker miteinander verknüpfen: „Wir werden Talente fördern und die Chancengleichheit verwirklichen.“ Dazu müsse die beste Bildung für alle erreicht und Forschungsstrukturen international wettbewerbsfähig umgebaut werden. Die Innovationen aus der Forschung sollen für Arbeitsplätze genutzt werden. Dies gelte insbesondere für die Forschungsförderung in Ostdeutschland.

„Deutschland lebt von dem, was in den Köpfen der Menschen entsteht“, sagte die Ministerin. Kinder müssten so früh wie möglich gefördert und alle Jugendlichen eine Ausbildung erhalten. Zudem solle die Zahl der Studienanfänger weiter steigen sowie die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses international wettbewerbsfähig werden. Das Bildungs- und Forschungssystem werde moderner, leistungsfähiger und durchlässiger. „Deutschland wird innerhalb von zehn Jahren zu den fünf führenden Bildungsnationen gehören.“ Dabei sollen Frauen in Wissenschaft und Wirtschaft endlich auch gleiche Chancen bekommen, sagte die Ministerin.

Als erste Schritte auf dem Weg zu einer durchgreifenden Bildungsreform kündigte Bulmahn für das kommende Jahr einen Gipfel für Bildung und Betreuung mit allen Beteiligten an. Mit den von der Bundesregierung bereitgestellten vier Milliarden Euro werde mit dem Aufbau zusätzlicher Ganztagschulen mit eigenem pädagogischen Profil begonnen. Gemeinsam mit den Ländern werden in den kommenden Monaten nationale Bildungsstandards geschaffen und eine unabhängige Evaluationsagentur zu deren Überprüfung eingerichtet. In der beruflichen Bildung kündigte Bulmahn unter anderem die umfassende Novellierung des Berufsbildungsrechtes an. Gleichzeitig

werde die Qualität der beruflichen Weiterbildung gesichert und in Modulen aufgebaut.

Für die akademische Ausbildung schlug Bulmahn den Ländern einen „Pakt für die Hochschulen“ vor. Damit sollten unter anderem die Studienbedingungen verbessert und eigenständige Profile der Hochschulen aufgebaut werden. Dafür müssten sie in einem vergleichenden Ranking die Forschungs- und Lehrleistung beweisen. Bessere Studienbedingungen verkürzten auch die Studienzeit, sagte die Ministerin. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hochschulen und Forschungseinrichtungen will sie sich für einen Wissenschaftstarifvertrag mit modernen tariflichen Regelungen einsetzen.

Die Forschungsorganisationen müssten eine gemeinsame Strategie entwickeln, sagte Bulmahn. Notwendige Großgeräte sollen verstärkt im internationalen Rahmen geplant werden. Forschung sei kein Selbstzweck, unterstrich die Ministerin. „Der Kampf gegen Krankheiten und die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt gehören zu unseren wichtigsten Aufgaben.“ Dazu zählten die moderne biomedizinische Forschung sowie neue Strategien für eine nachhaltige Entwicklung. Sie rief zu einem breiten Diskurs über die Chancen sowie die moralischen und ethischen Grenzen der Biomedizin auf.

Bulmahn kündigte außerdem ein Rahmenkonzept „Innovation durch neue Technologien: Forschung stärken – Arbeitsplätze schaffen“ an. Die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Forschungsförderung werde dabei konsequent weiter ausgebaut, sagte die Ministerin. Das gelte auch für die Förderung Ostdeutschlands. „Es kommt jetzt darauf an, dass wir in Deutschland die hohe Qualifikation, Kreativität und Leistungsbereitschaft der Menschen in Innovationen und wirtschaftliches Wachstum umsetzen.“

BMBF-Pressemitteilung Nr. 223 vom 18.12.2002

Nationale Bildungsstandards sollen das deutsche Bildungssystem verbessern

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat im Februar gemeinsam mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Staatsministerin Karin Wolff und Professor Eckhard Klieme vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung eine vom BMBF in Auftrag gegebene Expertise zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards vorgestellt. „Es gibt einen klaren Konsens zwischen Bund und Ländern über die Einführung nationaler Bildungsstandards. Damit sollen die Qualität des Unterrichts und die Lernergebnisse unserer Schülerinnen und Schüler verbessert werden“, betonte Bulmahn. Sie wertete die Ergebnisse der Studie „als hilfreiche Unterstützung für die bereits von den Ländern vorgesehene Entwicklung von Bildungsstandards“.

In der vorgelegten Expertise wird unter Auswertung internationaler Erfahrungen geklärt, welchen Kriterien Kompetenzstandards genügen müssen. Die Standards beschreiben Kompetenzen, die alle Schulen ihren Schülerinnen und Schülern in den einzelnen Jahrgangsstufen vermitteln sollen, damit zentrale Bildungsziele erreicht werden. Sie müssen mithilfe von nationalen Testverfahren überprüft werden können. Dabei gehe es nicht, um die zentrale Prüfung oder gar Benotung einzelner Schülerleistungen, stellte Bulmahn klar. Mit den prüfbaren Kompetenzstandards sollten Voraussetzungen geschaffen werden für eine stärkere individuelle Förderung der Schüler in allen Schulformen und auf allen Stufen des Schulsystems. Nur so könne eine Qualitätsverbesserung des Bildungssystems geleistet werden. Wie die

einzelnen Schulen die festgelegten Bildungsziele erreichen, sollten sie in Zukunft eigenständig entscheiden können. „Die erfolgreichen Staaten bei PISA haben gezeigt, dass es wesentlich sinnvoller ist, den Bildungsprozess von den gewünschten Ergebnissen her zu organisieren, statt den Lehrern vorzuschreiben, wie sie ihren Unterricht gestalten müssen“, sagte Bulmahn. „Wir müssen unseren Schulen die Verantwortung für die Erreichung der angestrebten Ziele übertragen.“ Dazu gehöre, dass nicht länger in Lehrplänen detailliert festgeschrieben werden müsse, was Schüler lernen sollen. Bildungsstandards würden vielmehr beschreiben, was Schüler können müssen.

Die Festlegung von schulformübergreifenden Mindestkompetenzen, wie sie von den Autoren der Expertise vorgeschlagen werden, sei deshalb so wichtig, weil damit vor allem die unterdurchschnittlichen Schülerleistungen verbessert und allen Schülern unabhängig von ihrer Herkunft an jedem Ort der Republik ausnahmslos die gleichen Bildungschancen eröffnet werden. „Wir können es uns in Deutschland nicht länger leisten,

Schüler in frühen Jahren auszusortieren. Es muss darum gehen, jedes Kind nach seinen Talenten und Möglichkeiten individuell zu fördern“, erklärte Bulmahn.

Für die Entwicklung, Einführung und Evaluierung nationaler Kompetenzstandards bedürfe es einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund und Ländern. Die Studie weise zu Recht darauf hin, dass ein voll ausgebautes Bildungsmonitoring, Strukturen voraussetze, die zum großen Teil noch geschaffen werden müssten. Bulmahn bot den Ländern ihre Unterstützung bei der Gründung einer nationalen Agentur für die Entwicklung für Standards und Evaluation an. Dafür müsse das vorhandene Know-how gebündelt und ausgebaut – vor allem müsse aber für mehr Nachwuchs in der Bildungsforschung gesorgt werden. „Ein konzertiertes und gemeinsames Vorgehen von Bund und Ländern kann die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung beschleunigen und Deutschland in den nächsten Jahren wieder international an die Spitze führen“, sagte Bulmahn abschließend.

BMBF-Pressemitteilung Nr. 23 vom 18.02.2003

Studienbedingungen verbessern: „Hohe Abbrecherquote muss dringend sinken“

Bildungsministerin Bulmahn will die Bedingungen an deutschen Hochschulen verbessern und damit auch die hohe Abbrecherquote senken. „Die hohe Abbrecherquote muss dringend sinken“, sagte sie anlässlich der Vorstellung der Studie „Ursachen des Studienabbruchs“ im März in Berlin. Nach den Daten, die von der HIS Hochschul-Informations-Systeme GmbH erhoben wurden, nennen 71% der Studienabbrecher die Studienbedingungen als wichtigen Grund für ihre Entscheidung. Bulmahn sieht sich bestätigt, die Verbesserung der Studienbedingungen als zentralen Punkt in die Koalitionsvereinbarung aufgenommen zu haben. Nach den HIS Daten brechen 27% der Studierenden ihr Studium ohne Abschluss vorzeitig ab.

Nach dem Ergebnis der Studie fühlen sich drei von vier Abbrechern durch Hochschullehrer nicht ausreichend betreut, erleben die Studienorganisation als unübersichtlich und äußern sich negativ über den Bezug zwischen akademischer Lehre und Forschung. Besonders kritische Noten geben die Studienabbrecher der Qualität der Lehre im Bereich der Wirtschafts-/Sozialwissenschaften sowie in der Informatik, wo Lehrkräften generell attestiert wird, sie können kaum Interesse am Fach wecken und zum Studium motivieren.

Die offensichtlichen Defizite in der Studienorganisation, der Betreuung und Beratung müssten nun dringend behoben werden, sagte die Ministerin. Sie werde daher den Ländern einen Pakt für die Hochschulen vorschlagen. „Gemeinsam als Partner in der Sache werden Bund und Länder die Studienbedingungen weiter verbessern.“ Die Länder hätten in den vergangenen Jahren bereits mit der Umsetzung des neuen Hochschulrahmengesetzes wichtige Schritte eingeleitet. Bulmahn nannte als Beispiel unter anderem die erweiterte Autonomie der Hochschulen und die Stärke an den Leistungen in der Lehre orientierte Mittelvergabe. Bulmahn rief die Länder auf, die Reformen weiter gemeinsam anzugehen. „Wir brauchen unter anderem ein Ranking der Hochschulen, um deren Leistungen künftig besser würdigen und einschätzen zu können.“ Dazu führe sie zurzeit Gespräche mit dem Wissenschaftsrat.

Wie wirksam Reformen greifen können, beweise die Reform des BAföG im Jahr 2001, sagte Bulmahn. Zusammen mit der Erhöhung des Kindergeldes und den neuen Bildungskrediten habe die Bundesregierung die finanzielle Situation der Studierenden deutlich verbessert. Dies lasse sich an der deutlich wachsenden Zahl der gestellten und bewilligten BAföG-Anträge ablesen sowie an der gestiegenen Zahl von Studierenden. Zum Zeitpunkt der Erhebung der aktuellen Studie im Sommersemester 2000 und Wintersemester 2000/01 nannten noch über die Hälfte der Studierenden finanzielle Gründe als wichtiges Motiv für den Abbruch des Studiums.

Bulmahn verwies auch auf die Verantwortung der Schule für den späteren Studienerfolg. „Was die Schulen mit ihrem Unterricht den Schülerinnen und Schülern nicht beibringen, fehlt den späteren Studentinnen und Studenten an den Hochschulen.“ So weist die HIS-Studie bei den Abbrechern schulische Defizite in wichtigen Schlüsselqualifikationen nach. Demnach sind sie nur unzureichend in der Lage das Studium selbstständig zu gestalten, und sie haben vor allem mangelnde Kenntnisse in Mathematik und den naturwissenschaftlichen Fächern. Die Ministerin forderte alle Beteiligten auf, sich an einer gemeinsamen Bildungsreform zu beteiligen. „Dafür müssen wir über die Zuständigkeitsgrenzen hinweg zusammen arbeiten.“

Die Ursachen des Studienabbruchs wurden bei einer repräsentativen Befragung von Studierenden des Examensjahrgangs 2000/01 erhoben. An der Untersuchung beteiligten sich rund 3.000 Studienabbrecher von 63 Universitäten und Fachhochschulen. Zum Vergleich wurde gleichzeitig eine Stichprobe von 2.800 Absolventen und 1.000 Hochschulwechslern mit erfasst. Die Analyse zu den Ursachen des Studienabbruchs finden Sie im Internet unter der Adresse www.bmbf.de/pub/ursachen_des_studienabbruchs.pdf. Die ausführliche Studie über die Abbrecherzahlen steht unter www.bmbf.de/pub/studienabbruchstudie_2002.pdf zum Download bereit.

BMBF-Pressemitteilung Nr. 28 vom 06.03.2003

Mittel für Bildung und Forschung wachsen 2003 um mehr als 3 Prozent

Die Bundesregierung baut ihren Schwerpunkt in Bildung und Forschung weiter aus. Bundesforschungsministerin Bulmahn kündigte im März vor dem Bundestag in Berlin für das laufende Haushaltsjahr „finanziell akzentuierte Schwerpunkte bei der Forschungsförderung in den neuen Bundesländern an“. Darüber hinaus werde die Bundesregierung die Länder finanziell bei Ihren Reformanstrengungen im Zusammenhang mit der PISA-Studie unterstützen. Mit dem Bundeshaushalt 2004 werde sie auch die Mittel für die großen Forschungsorganisationen wieder um drei Prozent erhöhen.

Die Bundesministerin verwies auf den erfolgreichen Kurswechsel der rot-grünen Bundesregierung nach jahrelangen Kürzungen im Bereich Bildung und Forschung. So sei der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) seit 1998 um mehr als 25 Prozent gestiegen. Deutschland sei in dieser Zeit wieder zum weltweit zweitgrößten Exporteur forschungsintensiver Waren und Güter aufgestiegen. Mit der Reform des BAföG sei die Studienanfängerquote von 27,7 Prozent im Jahr 1998 auf jetzt 35,6 Prozent geklettert und liege so hoch wie nie.

Bulmahn betonte zugleich, dass die Erneuerung Deutschlands nicht nur mit mehr Geld bewältigt werden könne. „Wir haben ehrgeizige Ziele, die wir nur durch gemeinsame Anstrengungen erreichen können.“ Das gelte vor allem für die Reform des Schulsystems. Dafür unterstütze der Bund die Länder in den nächsten vier Jahren mit insgesamt vier Milliarden Euro beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Wichtig sei vor allem ein neues pädagogisches Konzept für die bestmögliche individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, sagte Bulmahn.

Der Etat des BMBF beträgt im kommenden Jahr rund 8,4 Milliarden Euro. Hinzuzurechnen sind noch 435 Millionen Euro Darlehensanteil des BAföG von der Deutschen Ausgleichsbank sowie 300 Millionen Euro als erste Rate für 10.000 neue Ganztagschulen. Damit stehen insgesamt über 9,1 Milliarden Euro für den Bereich Bildung und Forschung zur Verfügung. Das sind über drei Prozent mehr als im vergangenen Jahr und eine Steigerung von 25 Prozent seit 1998.

BMBF-Pressemitteilung Nr. 34 vom 18.03.2003

Deutsche Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention



Kinder brauchen Bewegung – Ein Appell der Deutschen Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention

Die Deutsche Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention, Sektion Kinder- und Jugendsport, richtet unter dem Motto „Kinder brauchen Bewegung“ einen Appell an Kinderärzte, Kindergärten und Kindertagesstätten, an Vor- und Grundschulen, Vereine, Städte und Gemeinden sowie an die Dachorganisationen des Sports, alles nur Erdenklich zu tun, um Kindern Bewegungsmöglichkeiten zu bieten. In dem Appell heißt es, die Ergebnisse der PISA-Studie dürften auf keinen Fall dazu führen, dass Bewegung als wesentliche Grundlage auch einer geistigen Entwicklung vernachlässigt wird. Nachfolgend veröffentlichen wir den Appell im Wortlaut:

Kindheit ist Bewegungszeit. In keiner anderen Lebensphase ist Bewegung so wichtig wie in der frühen Kindheit. Bewegung und Spiel sind elementare Formen kindlichen Lebens, ein starker Bewegungsdrang ist mit einer gesunden körperlichen und geistigen Entwicklung verbunden. Sich bewegend begreifen Kinder ihre Umwelt. Vielfältige Bewegungserlebnisse fördern die sensorische Entwicklung. Bewegungsmangel schadet der Gesundheit des Kindes. Bewegungserziehung ist Gesundheitserziehung. Nicht nur in der Säuglingszeit und im Kleinkindalter, sondern auch in jedem anderen Alter ist Bewegung für die Gesundheit wichtig.

Von Kinderärzten und vielen anderen Organisationen wird nicht erst jetzt registriert und beklagt, dass eine große Zahl unserer Kinder Haltungsschwächen, krankhafte Veränderungen am Skelettsystem und der Muskulatur, Übergewicht und Koordinationsstörungen/sehr ungeschickte Bewegungen aufweisen. Ebenfalls wird über Konzentrationsschwäche, Hypermotorik und zunehmende Aggressivität der Kinder untereinander geklagt.

Wesentliche Ursachen sind z.B. die Einengung der Bewegungsmöglichkeiten im unmittelbaren Wohnumfeld und die Bevorzugung von sitzender Beschäftigung, u.a. bei Computerspielen und Fernsehen und ähnlichen Tätigkeiten.

Von vielen nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen einschließlich der WHO wird gefordert, dass Kindern ein ausreichender Bewegungsraum zur Verfügung steht und dass sie auch genügend Zeit und Möglichkeiten für Bewegung haben.

Da auch nach Ansicht der Sektion für Kinder- und Jugendsport vielfältige Bewegungserfahrungen eine notwendige Bedingung für körperliche und geistige Entwicklung sind, fordern wir die Verbesserung der Bewegungsmöglichkeiten für Kinder im Kindergarten- und Vorschulalter.

Die Ergebnisse der PISA-Studie führen möglicherweise dazu, das Lernen in sitzender Beschäftigung zu intensivieren und in früherer Lebensphase zu beginnen. Dies darf aber nicht dazu führen, dass Bewegung als wesentliche Grundlage auch einer geistigen Entwicklung vernachlässigt wird.

Wir appellieren

- an die Kinderärzte, die mit den Vorsorgeuntersuchungen Kontakt zu den Eltern haben, damit sehr früh die Notwendigkeit der kindlichen Bewegung vermittelt wird,
- an Kindergärten und Kindertagesstätten, alle Möglichkeiten wahrzunehmen, viel Platz für Bewegungsspiele zu bekommen und den Kontakt mit interessierten „Bewegungsanbietern“ zu suchen. Es sollte viel mehr „Bewegungskindergärten“ geben! Auch die

- Aus- und Weiterbildung zum Thema Bewegungserziehung bei Kleinkindern sollte intensiviert werden,
- an die Vereine, mit Angeboten für Eltern-Kind-Gruppen und Spiel- und Sportgruppen für Kleinkinder, die Kooperation mit Kindergärten/Vorschulen und Elterninitiativen zu suchen,
 - an die Vor- und Grundschulen, Bewegungsmöglichkeiten auch außerhalb der Sportpflichtstunden wahrzunehmen oder zu intensivieren und nicht allein dem Sportlehrer zu überlassen, Anregungen wie „Bewegte Schule“ u.ä. aufzugreifen sowie Aktionen wie: „zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ (<http://www.fuss-ev.de>) zu unterstützen,
 - an Städte und Gemeinden, Freiräume in unmittelbarer Wohnumgebung zu schaffen und zu erhalten, auf de-

nen freies, auch nicht genormtes Spielen, eine bewegungsorientierte Freizeitgestaltung stattfinden kann.

Wir als Sektion für Kinder- und Jugendsport in der Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention wenden uns

- an den Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte,
- an den Deutschen Sportbund (DSB),
- an die Deutsche Sportjugend (dsj), mit der Bitte, an ihre Mitglieder und die Landesverbände heranzutreten, um unser Anliegen zu fördern und weiterzuleiten sowie bereits bestehende Initiativen und Aktivitäten zu erfassen, zu unterstützen und beispielhaft herauszustellen, damit weiträumig lokale Netzwerke entstehen können.

Deutscher Sportbund (DSB)

**DEUTSCHER
SPORTBUND**

Hermann-Altrock-Stipendium: Ausschreibung 2003

1. In Würdigung der Verdienste von Professor Dr. Hermann Altrock (1887-1980) um Aufbau und Gestaltung des Studiums der Leibeseziehung sowie um den organisierten Sport in Deutschland schreibt der Deutsche Sportbund zum 36. Mal das Hermann-Altrock-Stipendium aus.
2. Das Stipendium soll Promovendinnen/Promovenden in der Sportwissenschaft Beginn oder Fertigstellung einer thematisch wichtigen Dissertation ermöglichen. Das Stipendium hat ein Volumen in Höhe von 6.000 EUR und kann auf mehrere Promovendinnen/Promovenden aufgeteilt werden.
3. Vorschläge für die Verleihung sind durch die sportwissenschaftlichen Hochschuleinrichtungen oder Promovendinnen/Promovenden bis zum **15. August 2003** an den Deutschen Sportbund, Stabsstelle „Grundsatzfragen, Wissenschaft und Gesellschaft“, Postfach, 60528 Frankfurt am Main zu senden.
4. Einzureichen sind:
 - Referenzen von zwei Hochschullehrerinnen/Hochschullehrern
 - Lebenslauf der Bewerberin/des Bewerbers mit Lichtbild
 - Zeugnis über den Abschluss des sportwissenschaftlichen Studiums
 - Angebot über Thema, Aufbau und Stand des Promotionsvorhabens sowie Darlegung der beabsichtigten Verwendung des Stipendiums
 - Bericht über die Mitarbeit im Studium, insbesondere in Seminaren und an Forschungsvorhaben
 - Bericht über ehrenamtliche, neben- oder hauptberufliche Tätigkeiten im organisierten Sport
5. Die Entscheidung über die Bewerbungen trifft der Deutsche Sportbund.
6. Entscheidung und Verteilung sind für das IV. Quartal des Jahres 2003 vorgesehen.

Keine Bildungsoffensive ohne Sport – Positionspapier des Deutschen Sportbundes zum Schulsport

Das Präsidium des DSB hat anlässlich seiner Sitzung am 25. April 2003 in Frankfurt am Main ein Positionspapier zu den Ergebnissen der PISA-Studie, den Perspektiven der Ganztagschule und zu den möglichen Konsequenzen für den deutschen Sport verabschiedet. Dieses 10-Punkte-Papier hat folgenden Wortlaut:

1. Der Deutsche Sportbund und seine Deutsche Sportjugend begrüßen die auf Grund der Ergebnisse der PISA-Studie entfachte breite öffentliche Bildungsdiskussion und die sich daraus entwickelnden Bildungsoffensiven.
2. Die Aussagen der PISA-Studie beziehen sich auf kognitive Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen. Eine wesentliche Aufgabe des deutschen Sports besteht deshalb darin, einer breiten Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen sensorischen, motorischen, körperlichen und kognitiven, psychischen und sozialen Lern- und Entwicklungsprozessen erneut zu verdeutlichen. Insbesondere die Eltern benötigen mehr Aufklärung über die Bedeutung der motorischen Entwicklung für die Gesamtentwicklung ihrer Kinder.
3. Allein das Medium Sport ([Körper-]Wahrnehmung, Bewegung und Spiel) bietet den Kindern und Jugendlichen in der Bildung und Erziehung den einzigen ganzheitlichen Ansatz, in dem Entwicklungsleistungen im sensomotorischen, kognitiven, emotionalen/psychischen und sozialen Bereich erbracht werden. Bezogen auf den Schulsport bedeutet dies, dass es kein anderes Schulfach gibt, das soviel Unterstützungs- und Sicherheitsleistungen für den Lernerfolg in anderen Fächern und für die bedeutsamen überfachlichen Erziehungsaufgaben (u.a. Gesundheitsförderung, Sicherheitserziehung, Verkehrserziehung, interkulturelle Bildung) erbringt wie der Sportunterricht.
4. Aus den Ergebnissen der PISA-Studie ist ein zu veränderndes Bildungsverständnis abzuleiten. Zum einen sollte die vorschulische Erziehung einbezogen und der Kindergarten als erste Stufe des Bildungssystems anerkannt werden, und zum anderen sollte statt einer frühzeitigen Selektion vor allem eine Förderung und Integration von Schülern und Schülerinnen angestrebt werden. Gerade in diesen Bereichen kann der Sport durch seine Vermittlung und

- Stärkung psycho-emotionaler und -sozialer Schlüsselqualifikationen und Kernkompetenzen der Kinder und Jugendlichen einen besonderen Beitrag leisten.
5. Als wesentliches Element der bildungspolitischen Konsequenzen aus den Ergebnissen der PISA-Studie hat sich die Forderung nach einer vermehrten Einrichtung von Ganztagschulen ergeben. Für den deutschen Sport stellt die flächendeckende Einführung von Ganztagschulen eine große Chance dar, die Erziehung und Bildung durch Sport angemessen zu platzieren.
 6. Die Vereine sollen als qualifizierte Anbieter von Bewegung, Spiel und Sport zusätzliche sportliche Angebote in den Schulen aktiv gestalten, indem sie vielfältige und zielgruppenorientierte Sportangebote in den Ganztagschulen einbringen.
 7. Die durch die Sportvereine eingebrachten Betreuungs- und Bildungsangebote an den Ganztagschulen dürfen das bisherige Regelangebot durch qualifizierte und ausgebildete Sportlehrer und Sportlehrerinnen weder im Umfang noch in deren Qualität schmälern. Die Sicherstellung des Schulsports und insbesondere des Sportunterrichts ist und bleibt ein staatlicher Auftrag.
 8. Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen werden vom Deutschen Sportbund und von der Deutschen Sportjugend ausdrücklich unterstützt und sollen weiterhin ausgebaut werden. Diese Maßnahmen können aber immer nur eine Ergänzung zum Sportunterricht sein.
 9. Um sowohl die bisherigen Angebote für Kinder und Jugendliche in den Sportvereinen selbst als auch die schulischen Sportangebote erhalten bzw. ausbauen zu können, müssen entsprechende Ressourcen sichergestellt, gemeinsam besser genutzt bzw. zusätzliche geschaffen werden. Einerseits sind hierzu vermehrt qualifizierte Übungsleiterinnen und Übungsleiter auszubilden, um gemeinsam mit den Sportlehrern und Sportlehrerinnen Kooperationen in der Ganztagschule umzusetzen, andererseits sind die Sportstättenkapazitäten zu erweitern sowie deren Belegzeiten sinnvoll auszufüllen und zwischen Sportverein und Schule abzustimmen.
 10. Der Deutsche Sportbund und seine Deutsche Sportjugend empfehlen den Landessportbünden und Landessportjugend-Organisationen, sich weiterhin aktiv in die Bildungsdiskussion einzubringen und insbesondere auch im Bezug auf das „Europäische Jahr der Erziehung durch Sport 2004“ die Bedeutung des Mediums Sport entsprechend zu vermitteln. Darüber hinaus sollten zur Förderung sportlicher Angebote an Ganztagschulen Gespräche mit den jeweiligen Länderministerien geführt und letztendlich Rahmenvereinbarungen mit diesen abgeschlossen werden, um somit den Sport als einen wichtigen und notwendigen Schwerpunkt im zusätzlichen pädagogischen Angebot der Schulen noch stärker und nachhaltiger zu etablieren.

DSB Presse Nr. 18 vom 29.04.2003

Europäische Gemeinschaft fördert Rolle des Sports im Bildungsbereich 2004: „Europäisches Jahr der Erziehung durch Sport“ (EJES)

Durch einen gemeinsamen Beschluss haben das Europäische Parlament und der Rat das Jahr 2004 zum „Europäischen Jahr der Erziehung durch Sport“ (EJES) ausgerufen. Mit EJES will die EU auf die Potenziale und die besondere Bedeutung des Sports im Bereich der Erziehung aufmerksam machen und für die Möglichkeiten von Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen und Sportorganisationen sensibilisieren.

Hierfür hat die Gemeinschaft Mittel bereitgestellt, um insgesamt 200 Projekte auf europäischer und nationaler Ebene zu fördern. Die Vorbereitung und Umsetzung von EJES erfolgt in enger Kooperation zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, die hierfür nationale Koordinierungsstellen einrichten.

Mit dem Aufruf der Europäischen Kommission zur Einreichung von Projekten (Veröffentlichung der Antragsformulare) ist voraussichtlich Ende April zu rechnen.

Folgende Informationen können schon heute zur individuellen Vorbereitung auf einen Projektantrag nützlich sein:

- EJES richtet sich an für Bildung und Sport zuständige Behörden, an Bildungseinrichtungen und Sportorganisationen. In den Projekten sollen neben den formellen Möglichkeiten der Bildung und Erziehung durch Sport vor allem die informellen Bildungsmöglichkeiten durch den Sport zum Tragen kommen.
- Es ist geplant, zwei Arten von Projekten zu bezuschussen: gemeinschaftliche Projekte (mit mindes-

tens 8 teilnehmenden Ländern der EU), sowie lokale, regionale, nationale und grenzübergreifende Projekte. Gemeinschaftliche Projekte sind direkt bei der Europäischen Kommission einzureichen. Projekte auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene oder grenzübergreifende Initiativen müssen der nationalen Koordinierungsstelle vorgelegt werden.

- Anträge für Projekte die vor dem 1. Januar 2004 beginnen, sind bis zum 30. Juni 2003 einzureichen. Der weitaus größere Teil der Fördermittel steht für Initiativen bereit, die nach dem 1. Januar 2004 starten – hierfür wurde die Antragsfrist auf den 1. Oktober 2003 gelegt. Alle Projekte müssen am 31. Dezember 2004 abgeschlossen sein.
- Die Fördermittel stellen immer nur eine Kofinanzierung der Projekte dar: lokale, regionale, nationale und transnationale Projekte werden mit max. 50% der zuschussfähigen Gesamtkosten unterstützt. Gemeinschaftsprojekte können bis zu 80% Kofinanzierung beantragen.
- Durchweg gilt: die beantragte Fördersumme sollte zwischen 20.000 € und 100.000 € betragen, in Ausnahmefällen kann diese maximale Summe auch überschritten werden.

Die EJES-Antragsformulare können nach Veröffentlichung unter folgender Adresse abgerufen werden: http://europa.eu.int/comm/sport/gen_info/whatsnew_en.html